

die Deputation verpflichtet, der Kammer zu empfehlen, auch mit dieser Ansicht sich einverstanden zu erklären."

Die zweite Kammer — welcher damals unter Andern auch Männer, wie Todt und v. Dieckau angehörten — hat am 20. April 1837 sich mit der Regierung hierüber einstimmig einverstanden erklärt.

### Außerordentlicher Landtag.

Sitzung der zweiten Kammer am 20. Februar 1847.

(Schluß.)

Vicepräs. v. Thielau zur Vertheidigung seines Separatvotum: Er habe darin die Geschichte der sächs.-baier. Eisenbahn deshalb vorausgeschickt, weil er selbst darüber früher Bericht erstattet habe; ferner sei es ihm darum gewesen, die Finanzdeputation, welche schon seit mehreren Landtagen fast immer aus denselben Mitgliedern zusammengesetzt gewesen, dagegen zu rechtfertigen, als sei sie Schuld an der trostlosen Lage des Staates in Bezug darauf. Es sei sehr natürlich, daß, wenn man die richtigen Mittel nicht ergreifen könne und doch welche vorzuschlagen gezwungen sei, man aus den weniger richtigen das Beste herausgreifen müsse. Was würde z. B. eingetreten sein, wenn man 1844 die Bewilligungen für die Chemnitz-Riesaer und Löbau-Bittauer Bahnen zurückgezogen hätte, damals, als der zehnfache Betrag der Actien gezeichnet gewesen. Damals habe die Regierung schon für beide Gesellschaften 1½ Millionen Thaler gezeichnet, was die Stände freilich hinterher hätten gut heißen müssen; es sei dieß ein moralischer Zwang gewesen, denn außerdem würde man auf dieses Geschäft nicht eingegangen sein. Natürlich müsse man, wenn man sehe, in welche Lage man hereingekommen, den geeignetsten Ausweg suchen. Um die Regierung zu beschuldigen, deshalb habe er sein Votum nicht abgegeben, das sei ihm ganz einerlei, denn die Sache spreche schon selbst für sich; die Majorität der Deputation würde natürlich die Geschichtserzählung nicht gegeben haben. Staatsmin. v. Zeschau: Er sei weit entfernt, den Hrn. Vicepräsidenten der Inconsequenz zu beschuldigen, er habe nur die Abwesenden in Schutz nehmen wollen. Poppe entwickelt seine Ansicht über diese Angelegenheit, zugleich auf seine Stellung im Ausschusse hinweisend, und basirt seinen Beitritt zur Majorität der Deputation auf zwei Gründe. In diesem Augenblicke komme es nicht darauf an, zu erörtern, was war, sondern was sein wird. Er habe sich von jeher zu der Ansicht hingeneigt, daß die Eisenbahn in die Hände des Staats käme, und diese Ansicht habe sich in der Länge der Zeit nur noch consolidirt, denn die Eisenbahn als Beförderungsmittel solle vorzüglich durch ihre Wohlfeilheit die Interessen des Volks fördern, und sei deshalb nur durch die Regierung auszuführen, und ohne etwa einer Gesellschaft nahe treten zu wollen, glaube er doch, daß nur durch den Staat Sicherheit für die Ertragsfähigkeit der Bahn und Garantie gegeben werden könne, wie dieß in Belgien zu beweisen sei. Er wolle unsrer Regierung keinen Vorwurf machen, sie sei gerechtfertigt in der vor Kurzem erschienenen Schrift (von ..... u.) Wenn er nun auch fühle, daß durch Uebernahme der Bahn die Interessen der Actionäre geschmälert würden, so könne er derselben doch unter vorliegenden Umständen am wenigsten entgegentreten; auch werde man sich damit dem Standpunkte nähern, den man wünsche, nämlich, daß der Staat einmal Besitzer aller Eisenbahnen werde. Allerdings bedaure auch er, daß die von den Privaten gebrachten Opfer keine besseren Resultate erzielt hätten. Wollte man aber dem Regierungsvorschlage entgegen und dem der Separatvotanten beitreten, so würde das neue Verhandlungen mit der Gesellschaft hervorrufen; auch solle man nur die Folgen bedenken, welche sich daran knüpfen müßten, wenn die Gesellschaft noch einmal zu einer außerordentlichen Anleihe verschreiten sollte. v. d. Beck: Man werde sich wundern, daß er, der so lange geschwiegen, einmal spreche; doch warum sollte ein außerordentlicher Landtag nicht auch einen außerordentlichen Sprecher hervorrufen? Ohne sich auf Berechnungen ein-

zulassen, wolle er nur die Frage beantworten: in welchen Händen der Bau der Eisenbahnen besser sei? Unstreitig in denen der Regierung. Dieß beweise das Beispiel Belgiens, welches trotz einer Milliarde Schulden den Bau übernommen und zu so glänzenden Erfolgen gebracht habe; dieß Oesterreich, Baden, Baiern. Er habe aus dem Allen wenigstens die Ueberzeugung geschöpft, daß die Bahn, welche uns mit fremden Ländern verbinden soll, für die es Staatsverträge gebe, am besten in der Hand der Regierung sei; mit einem Compagniegeschäft der Art, wie es die Regierung mit der sächsisch-baierischen Bahn jetzt habe, möge er sich nicht einlassen. Er stimme daher mit der vollsten Ueberzeugung, daß er dadurch das Wohl seines theuren Vaterlandes befördere, für die Vorschläge der Regierung; sie werde die Bahn am besten beaufsichtigen, und damit werde zugleich jenes Geschäft einem Directorium entzogen, welches, gelinde gesagt, das Vertrauen der Regierung, der Stände und auch der Actionäre verloren habe. (Beifall). Stockmann: die Actionäre seien nicht schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen. Er stimme der Majorität der Deputation bei; was man bewillige, sei für das Budget kein Verlust, sondern nur ein angelegtes Baucapital, die sich bekanntlich nicht so verzinsten. Die Ergriffung von Rechtsmitteln widerriethen zwei Punkte: der große Einfluß, welchen sie auf die Steigerung des Zinsfußes haben müßte, dann, daß das Unternehmen dadurch in Stößen gerathen würde, wodurch eine große Anzahl Beschäftigter brodlos würden, was jetzt kaum zu verantworten sein dürfte. Uebrigens möge er kein Recht, welches durch unverschuldetes Unglück eines Andern erworben sei. Georgi: Der Staat habe für die Gesellschaft Alles gethan, was er nur thun konnte. Auch jetzt wolle er noch keine Vortheile aus der bedrängten Lage jener ziehen. Welche Auswege nun böten sich dar? Man könne die Gesellschaft ihrem Schicksale überlassen. Dann müsse man ihr die Anleihe gestatten, die zu verbieten der Staat ohnehin kein Recht habe. Es sei gar nicht so unmöglich, daß sie damit zu Stande komme; der Staat werde aber damit benachtheiligt, da er durch die höheren Zinsen der Prioritätsgläubiger verlieren werde. Komme die Anleihe nicht zu Stande, dann werde der Staat den Rechtsweg gehen. Als Laie könne er nun zwar die Chance nicht beleuchten, aber er habe gehört, daß sich hier große Schwierigkeiten entgegenthürmten und der Erfolg immer noch zweifelhaft bleibe. Auch scheine der Vorschlag (Hensels II.) mehr berechnet, um einen besseren Vergleich zu bewirken. Uebrigens habe aber auch Baiern ein Anrecht auf den Fortbau und Vollendung der Bahn. Auch habe der Director der jenseitigen Bahn ihm selbst gesagt: wenn der Bau in Folge des Rechtsstreites liegen bliebe, so müßte man hier ganz eigenthümliche Ansichten vom Rechte haben. Man müsse vielmehr der Vollendung der Bahn mit allen Kräften entgegenstreben, sonst würde am Ende Baiern für seine Bahn eine andere Richtung suchen. Bezüglich der beantragten Expropriation eines Theiles der Bahn, so müsse man §. 31 der Verfassungsurkunde doch nur im engsten Sinne interpretiren. Nehme man von Thielau's Anträge an, so sei es höchst zweifelhaft, ob die Sache damit ein Ende erreiche. Der Modus der Anleihe sei nicht vortheilhaft für die Gesellschaft, es habe daher der Vorschlag keine Garantie der Erledigung für sich. Warum der Staat zu 4½ pCt. borgen solle, sei ihm nicht ganz klar. Erkläre man sich für v. Thielau's Anträge, so bleibe auch die Verwaltung in den zeitherigen Händen. War man denn damit so ausgezeichnet zufrieden, daß man die Lust in sich verspürt, denselben neue Millionen zu geben, und damit fortbauen zu lassen? Die zu Vermehrung dieses Directorium gethanen Vorschläge seien nicht ausreichend. Was die Deputationsvorschläge betreffe, so würde damit das Budget in den nächsten 10 Jahren nicht mehr belastet; fest stehe, daß die Aussichten auf Rentabilität der Bahn ausgezeichnet und wenn nicht glänzende, so doch ausreichende Resultate geben würden. Auch müsse man den volkswirtschaftlichen Standpunkt hier vorzugsweise in's Auge fassen. Als die Erfindung der Eisenbahnen nach Deutschland gekommen, hätten die Regierungen

nicht  
daher  
gema  
um  
nehm  
eine  
sächsi  
Ueber  
wöhl  
und  
der  
Verk  
diese  
Nach  
Post  
denn  
Das  
run  
wie  
Sta  
der  
Das  
zu  
wür  
eine  
die  
das  
wer  
Ge  
zu  
die  
sei  
gel  
her  
en  
Un  
ga  
H  
fo  
gl  
fo  
he  
w  
re  
C  
fo  
e  
r  
T